

Kluwer Patent Blog



- [Facebook](#)
- [Twitter](#)
- [LinkedIn](#)
- [YouTube](#)

[EPA](#)

ILOAT-Fälle: EPA zahlt überschüssige Streikabschläge zurück, Spannungen bleiben

[Kluwer-Patentblogger/1. Oktober 2021 /2 Kommentare](#)

Zwei Monate nach einer Reihe von ILOAT-Urteilen, wonach der frühere EPA-Präsident Benoît Battistelli seine Macht missbrauchte, indem er neue Regeln zur Beschränkung der Streikrechte von Mitarbeitern im Jahr 2013 implementierte, hat das EPA im Detail angegeben, auf welche Weise es die Urteile auszuführen beabsichtigt.



Laut einem IGEPA-Bericht veröffentlichte EPA-Präsident António Campinos am 14. September 2021 eine Mitteilung mit der Erklärung, das Amt beabsichtige die Anwendung des Ergebnisses der Urteile auf die gesamte streikende Belegschaft seit Juli 2013 nur insoweit, als sie übermäßige Streikabschläge oder Abzüge für nicht autorisierte Abwesenheit am 2. und 3. Juli 2013 betreffen. Die Zahlungen sollten bis zum Ende des Jahres abgeschlossen sein.

Das EPA wird jedoch keine ideellen Schäden für diejenigen anerkennen, die weder vor dem Gericht Klage eingereicht noch einen Interventionsantrag gestellt haben.

Ein wichtiges Element in diesen Urteilen ([siehe diesen Post](#)) war die im Juni 2013 gefällte Entscheidung CA/D 5/13 des EPA-Verwaltungsrats, "wodurch ein neuer Artikel 30a der Dienstvorschriften für dauerhaft beim Europäischen Patentamt angestellte Mitarbeiter in Bezug auf das Streikrecht und ergänzend zu den bestehenden Artikeln 63 und 65 betreffend unerlaubte Abwesenheit und die Zahlung einer Vergütung geschaffen wurde. (...) Absatz 10 von Artikel 30a ermächtigt den Präsidenten zur Festlegung weiterer Bedingungen und Konditionen (...) Ausgehend von dieser Bestimmung, gab der Präsident das Rundschreiben Nr. 347 heraus, welches 'Richtlinien für den Fall eines Streiks' enthielt. Dieser Text trat am 1. Juli 2013 in Kraft, zur gleichen Zeit wie die Entscheidung CA/D 5/13."

Laut ILOAT war dieses Rundschreiben Nr. 347 rechtswidrig und hätte die EPA-Leitung die Gehälter der Mitarbeiter, die sich an Streiks beteiligten, übermäßig reduziert. Im [Fall 4433](#) zum Beispiel, wurde ein rechtmäßig angesetzter Streik unrechtmäßigerweise als nicht genehmigte Abwesenheit und nicht als Streiktag angesehen und wurde das Gehalt des Beschwerdeführers als Strafmaßnahme um 1/20 statt 1/30 gekürzt.

In den verschiedenen Fällen betreffend Streikbeschränkungen gestand das ILOAT – abgesehen von der Forderung auf Erstattung übermäßiger Streikabschläge – den Klägern ideelle Schäden in einer Höhe zwischen 2000 und 8000 Euro zu. Jetzt ist klar, dass diese ideellen Schäden nicht auf das gesamte Personal ausgedehnt werden. Laut IGEPa schloss Hr. Campinos bei "einem Meeting mit dem Zentralen Personalausschuss (CSC) am 15. September sogar eindeutig jede Form einer Entschuldigung der Organisation gegenüber ihrer Belegschaft aus."

Eine IGEPa-Publikation, die vergangene Woche an das Personal verteilt wurde, zeigt die angespannte Beziehung zwischen EPA-Präsident Campinos und den Personalvertretern. Laut Gewerkschaft wurde Campinos während eines Meetings betreffend die Streikurteile sehr wütend, als der Zentrale Personalausschuss vorschlug, er solle die Verantwortung für vergangene Fehler übernehmen und sich bei den Mitarbeitern entschuldigen:

"Meeting mit dem Präsidenten: (Nicht) Gelernte Lektionen

Am 15. September konnte die Personalvertretung die ILOAT-Streikurteile vom 7. Juli erstmals gegenüber Herrn Campinos direkt ansprechen.

Die Personalvertretung argumentierte, das gesamte EPA-Personal wäre durch die Verletzung seines fundamentalen Streikrechts und durch Machtmissbrauch stark beeinträchtigt worden. Eine Internationale Organisation kann ihrem Personal kein fundamentales Recht entziehen, es mehr als 8 Jahre später wieder einräumen und so tun, als wäre nichts passiert. In seiner Antwort drohte Hr. Campinos mit einer Reduzierung der Bareinlagen in den Rentenfonds, wenn er allen Mitarbeitern ideelle Schäden zugestehen müsste. Hr. Campinos fügte hinzu, wir sollten verstehen, dass es in unserer Organisation nur darum gehe, Geld von einer Stelle zu einer anderen zu bewegen. Man könnte erwarten, dass die obere Führungsebene für die Entwicklung einer die fundamentalen Rechte verletzenden HR-Politik zur Rechenschaft gezogen werden könnte, aber Hr. Campinos warnte jeden, der auf seine Dienstleistungen zeigen könnte, die er in vollem Umfang mit weiteren Reformen verbindet.

Die Personalvertretung schlug dann vor, die Organisation möge die Verantwortung für Fehler aus der Vergangenheit übernehmen, indem sie sich zumindest bei ihrer Belegschaft

entschuldigen würde. Hr. Campinos wurde sehr wütend und schrie, er werde sich nicht entschuldigen und wir würden von ihm niemals eine Entschuldigung erhalten. Mit dieser Aussage bestätigt Hr. Campinos, dass er nicht nur die volle Verantwortung für die ständige Politik während der ersten 3 Jahre seines Mandats übernimmt, sondern auch die Battistelli-Verwaltung vollumfänglich stützt. Hr. Campinos warf der Personalvertretung vor, nicht konstruktiv zu sein, wenn sie bereit wäre, Ereignisse zu besprechen, die vor langer Zeit eintraten, und fügte hinzu, dass wir vielleicht diesen Fall gewonnen hätten, dass wir jedoch 8 von 10 unserer Fälle nicht gewinnen würden. Hier verwechselte Hr. Campinos Qualität und Produktion: Bei den Rechtsverfahren sind einige fundamentaler als andere.

Bei dem Meeting erinnerte Laurent Germond, Director Employment Law, daran, dass das Statut des Gerichts keinerlei Sammelklageverfahren vorsehe und dass Beschwerden auch weiterhin individueller Natur sein werden. Das Amt beabsichtige die Anwendung des Ergebnisses der Urteile auf die gesamte streikende Belegschaft seit Juli 2013 nur insoweit, als sie übermäßige Streikabschläge oder Abzüge für nicht autorisierte Abwesenheit am 2. und 3. Juli 2013 betreffen."

Laut Gewerkschaft können 38 vor dem ILOAT anhängige Fälle und die Einreichung von Hunderten von Interventionsanträgen an das ATILO seit Bekanntgabe der Streikurteile am 7. Juli einer der Gründe dafür gewesen sein, weshalb Hr. Campinos das Ergebnis einiger der Urteile auf alle Mitarbeiter ausdehnt.

Eine für den 30. September 2021 vom Präsidenten Campinos geplante Videokonferenz zur Erörterung der Streikvorschriften und einer gemeinsamen Absichtserklärung wurde abgesagt, da die IGEPA ihren Rechtsberater nicht mitbringen durfte und Themen von der Tagesordnung ausgeschlossen wurden, die von der IGEPA vorgeschlagen wurden, wie zum Beispiel ein neues Beförderungssystem.

Das EPA reagierte auf eine Bitte von Kluwer IP Law um Stellungnahme zur Frage der ILOAT-Urteile und/oder der IGEPA-Publikation betreffend das Meeting vom 15. September nicht.